



# Niederschrift

über die 31. Sitzung  
des Rates der Stadt Lippstadt  
am 17.12.2007

<b>Sitzungsraum:</b>	Rathaussaal, Lange Straße 14
<b>Beginn:</b>	18:05 Uhr
<b>Ende:</b>	20:05 Uhr

## Anwesend waren:

### Bürgermeister

- 1 Christof Sommer

### CDU-Fraktion

- 2 Hannelore Bartmann-Salmen CDU-Fraktion
- 3 Axel Bohnhorst CDU-Fraktion
- 4 Wilhelm Börskens CDU-Fraktion
- 5 Werner Bresser CDU-Fraktion
- 6 Helga de Horn CDU-Fraktion
- 7 Josef Franz CDU-Fraktion
- 8 Klaus Fürstenberg CDU-Fraktion
- 9 Jan Walter Hammer CDU-Fraktion
- 10 Bernhard Hollenhorst CDU-Fraktion
- 11 Friedrich Wilhelm Hülsemann CDU-Fraktion
- 12 Heike Igel CDU-Fraktion
- 13 Franz Klocke CDU-Fraktion
- 14 Klaus Laufkötter CDU-Fraktion
- 15 Wilbert Luig CDU-Fraktion
- 16 Antonius Michel-Kemper CDU-Fraktion
- 17 Mechthild Niggemeier CDU-Fraktion
- 18 Hans-Günther Ostkamp CDU-Fraktion
- 19 Siegfried Pfenninger CDU-Fraktion
- 20 Christian Prahel CDU-Fraktion
- 21 Volker Schubert CDU-Fraktion
- 22 Werner Timmermann CDU-Fraktion

### SPD-Fraktion

- 23 Otto Brand SPD-Fraktion
- 24 Karl-Heinz Brülle SPD-Fraktion
- 25 Herbert Heiermeier SPD-Fraktion
- 26 Hans-Joachim Kayser SPD-Fraktion
- 27 Ute Leweling SPD-Fraktion
- 28 Klaus Michael SPD-Fraktion
- 29 Christian Nernheim SPD-Fraktion
- 30 Gabriele Oelze-Krähling SPD-Fraktion
- 31 Sabine Pfeffer SPD-Fraktion
- 32 Manuel Rodriguez Cameselle SPD-Fraktion
- 33 Gunther Schmich SPD-Fraktion
- 34 Martin Schulz SPD-Fraktion
- 35 Marlies Stotz SPD-Fraktion
- 36 Udo Strathaus SPD-Fraktion
- 37 Hans Zaremba SPD-Fraktion

<b>FDP-Fraktion</b>	
38 Annette Bergschneider	FDP-Fraktion
39 Edgar Beumer	FDP-Fraktion
40 Wilhelm Glarmin	FDP-Fraktion
41 Dr. Gabriela Jonas-Ahrend	FDP-Fraktion
42 Jakob Kuhnert	FDP-Fraktion
43 Dr. Forusan Madjlessi	FDP-Fraktion
<b>BG-Fraktion</b>	
44 Andrea Heymann	BG-Fraktion
45 Gisbert Kreß	BG-Fraktion
46 Werner Langer	BG-Fraktion
47 Hans-Dieter Marche	BG-Fraktion
<b>Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen</b>	
48 Manfred Groß-Bölting	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
49 Ursula Jasperneite-Bröckelmann	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
50 Wilhelm Rönnau	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
<b>Entschuldigt</b>	
51 Heinz Gerling	SPD-Fraktion

<b>Verwaltung</b>	
1. Beig. + StK Strotmeier	
FBL Vollmer	
FBL Meschede	
FBL Horstmann	
FBL Burghardt	
StA Rubart	Schriftführerin
Pressereferent Baumgarn	
BBHL Laub	

### In öffentlicher Sitzung

Herr Sommer begrüßte neben den Ratsmitgliedern die erschienenen Zuhörer und Zuhörerinnen sowie die Vertreter der Presse. Sodann stellte er fest, dass form- und fristgerecht zur Sitzung eingeladen wurde und Beschlussfähigkeit vorlag.

#### 1. Fragestunde für Einwohner

Es wurden keine Fragen gestellt.

#### 2. Bebauungsplan der Stadt Lippstadt Nr. 254 Bad Waldliesborn, Walkenhausweg hier: a) Ergebnis der Beteiligung der Betroffenen b) Satzungsbeschluss Vorlage Nr. 312/2007

Der Rat beschloss unter Bezugnahme auf die Vorlage:

- a) Die Stellungnahmen während der Beteiligung der Betroffenen und die Stellungnahme der Verwaltung wurden zur Kenntnis genommen.

- b) Der Bebauungsplan der Stadt Lippstadt Nr. 254 Bad Waldliesborn, Walckenhausweg wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen. Der Begründung vom 06.12.2007 (Anlage 4) wird zugestimmt. Sie wird dem Bebauungsplan gem. § 9 Abs. 8 BauGB beigefügt.

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt bei 3 Gegenstimmen)

3. **Satzung Nr. 016 Hörste, Herlar**  
**hier: a) Ergebnis der Beteiligung der Betroffenen**  
**b) Satzungsbeschluss**  
**Vorlage Nr. 322/2007**

Zu diesem Tagesordnungspunkt entwickelte sich eine Diskussion, an der sich Frau Bartmann-Salmen, Herr Kayser, Frau Jasperneite-Bröckelmann, Herr Burghardt und Herr Sommer beteiligten. Im Rahmen dieser Diskussion nahm Frau Bartmann-Salmen Bezug auf die Behandlung der Vorlage im Planungs- und Umweltausschuss und stellte den Antrag, den Beschlussvorschlag in der Form zu ergänzen, dass die Satzung mit einem Baugebot beschränkt auf 7 Jahre versehen wird, nach deren Ablauf eine Rückumwandlung in landwirtschaftliche Flächen erfolgen solle. Hierzu führte Herr Burghardt aus, dass es rechtlich nicht zulässig sei, ein Baugebot in einer Satzung zu verankern.

Dazu machte Herr Sommer den Vorschlag, in den Beschlussvorschlag eine Ergänzung der Gestalt aufzunehmen, dass nach einem Fristablauf von 7 Jahren die Bebaubarkeit der Grundstücke wieder aufzuheben ist.

Der Rat beschloss unter Bezugnahme auf die um lit. c ergänzte Vorlage:

- a) Die Stellungnahmen aus der Beteiligung der Betroffenen wurden zur Kenntnis genommen.
- b) Die Ergänzungssatzung gem. § 34 Abs. 4 BauGB Nr. 016 Hörste, Herlar wird beschlossen. Die Begründung vom 06.12.2007 wird beigefügt.
- c) Nach einer Frist von 7 Jahren erfolgt für alle etwaig noch nicht bebauten Grundstück ein Aufhebungsverfahren zur Bebaubarkeit.

(Einstimmig zugestimmt)

4. **1. Änderung der Satzung der Stadt Lippstadt über ein besonderes Vorkaufsrecht im Bereich des Projektes "NEUES EINKAUFEN SÜDLICHE ALTSTADT"**  
**Vorlage Nr. 341/2007**

Nachdem Herr Sommer zu einer Frage von Herrn Marche Stellung genommen hatte, beschloss der Rat unter Bezugnahme auf die Vorlage:

Die der Originalniederschrift beigefügte 1. Satzung zur Änderung der Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht gem. § 25 BauGB an Grundstücken im Gebiet nördlich der Durchfahrtsgleise der Deutschen Bahn-AG wird beschlossen.

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt bei 3 Gegenstimmen)

5. **Einbringung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2008**  
**Vorlage Nr. 343/2007**

Sowohl Herr Sommer als auch Herr Strotmeier machten im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes Ausführungen zur allgemeinen finanziellen Situation, zu den Rahmenbedingungen und zur Entwicklung der Haushaltslage Lippstadts im kommenden sowie in den folgenden Jahren.

Die Redemanuskripte sind der Niederschrift als Anlage beigefügt (Es gilt das gesprochene Wort.).

Nachdem sich Frau Bartmann-Salmen, Herr Kayser und Frau Jasperneite-Bröckelmann zur weiteren Beratung der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes geäußert hatten, beschloss der Rat unter Bezugnahme auf die Vorlage:

Der Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes 2008 wird zur Kenntnis genommen und zur weiteren Beratung an die Fachausschüsse und den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

(Einstimmig zugestimmt)

6. **3. Satzung der Stadtentwässerung Lippstadt AöR zur Änderung der Satzung der Stadt Lippstadt über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung von Grundstücken**  
**Vorlage Nr. 324/2007**

An der Aussprache dieses Tagesordnungspunktes beteiligten sich die Herren Kayser, Strotmeier und Sommer, Frau Bartmann-Salmen, Herr Marche und Frau Jasperneite-Bröckelmann.

Vom Rat wurde Bezug auf die Vorlage genommen und folgender Beschluss gefasst:

Die der Originalniederschrift als Anlage beigefügte 3. Satzung der Stadtentwässerung Lippstadt AöR zur Änderung der Satzung der Stadt Lippstadt über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung von Grundstücken wird beschlossen.

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt bei 4 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen)

7. **2. Satzung der Stadtentwässerung Lippstadt AöR zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen**  
**Vorlage Nr. 327/2007**

Bezug nehmend auf die Vorlage wurde vom Rat beschlossen:

1. Die der Originalniederschrift beigefügte Gebührenbedarfsberechnung für das Jahr 2008 wird gebilligt.

2. Die der Originalniederschrift beigefügte 2. Satzung der Stadtentwässerung Lippstadt AöR zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen wird beschlossen.

(Einstimmig zugestimmt bei 1 Enthaltung)

8. **1. Änderung der Satzung über die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Lippstadt - Friedhofssatzung - Vorlage Nr. 334/2007**

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es Wortmeldungen von Frau Jasperneite-Bröckelmann und den Herren Sommer und Marche.

Vom Rat wurde unter Bezugnahme auf die Vorlage beschlossen:

Die der Originalniederschrift beigefügte 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung der Friedhöfe der Stadt Lippstadt – Friedhofssatzung – wird beschlossen.

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt bei 3 Gegenstimmen)

9. **Friedhofsgebührenkalkulation 2008  
Vorlage Nr. 333/2007**

An der Aussprache dieses Tagesordnungspunkten nahmen Frau Bartmann-Salmen, Herr Kayser, Frau Jasperneite-Bröckelmann, Herr Sommer, Herr Dr. Madjlessi und Herr Strotmeier teil. Herr Dr. Madjlessi beantragte, bei der Friedhofsgebührenkalkulation den Stadtanteil des öffentlichen Grüns auf 60 % festzulegen. Frau Bartmann-Salmen stellte den Antrag, die Verwaltung damit zu beauftragen, bis zum 30.04.2008 dem Fachausschuss und dem Rat einen Bericht vorzulegen, der sich mit folgenden Prüfaufträgen befasst und die Auswirkungen auf die Friedhofsgebühren darstellt:

- Privatisierung von 1 – 2 Ortsteilfriedhöfen über einen Zeitraum von wenigstens 3 – 5 Jahren mit dem Ziel, die gewonnenen Erfahrungen bei einem positiven Ergebnis als Basis für weitere Privatisierungen zu Grunde zu legen,
- Festlegung des Stadtanteiles am öffentlichen Grün auf 40 %,
- Verringerung der Ruhezeiten von 40 auf 30 Jahre,
- Überprüfung der Größe des Westfriedhofes unter Berücksichtigung der dortigen Bestattungszahlen, der demographischen Entwicklung und der freien Grabstätten auf dem Hauptfriedhof,
- Bildung von Rückstellungen für Unterhaltungsmaßnahmen an Friedhofsgebäuden zur Vermeidung von Gebührenschwankungen,
- Bündelung aller Aufgaben aus dem Bereich Friedhofswesen in einem Fachdienst zur Erreichung von Synergieeffekten wie im BLS Gutachten angesprochen.

Herr Sommer ließ zuerst über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen. Dieser wurde bei 6 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Sodann erfolgte die Abstimmung über den Antrag von Frau Bartmann-Salmen. Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

Der Rat beschloss unter Bezugnahme auf die Vorlage einschließlich der in der Sitzung vorgetragenen Ergänzung:

- a) Der Gebührenbedarfsberechnung vom 27.11.2007 für das Jahr 2008 unter Verzicht auf die Anrechnung des Defizits aus dem Jahre 2005 wird zugestimmt.
- b) Die Verwaltung wird beauftragt folgende Maßnahmen zu prüfen:
  - o Privatisierung von 1 – 2 Ortsteilfriedhöfen über einen Zeitraum von wenigstens 3 – 5 Jahren mit dem Ziel, die gewonnenen Erfahrungen bei einem positiven Ergebnis als Basis für weitere Privatisierungen zu Grunde zu legen,
  - o Festlegung des Stadtanteiles am öffentlichen Grün auf 40 %,
  - o Verringerung der Ruhezeiten von 40 auf 30 Jahre,
  - o Überprüfung der Größe des Westfriedhofes unter Berücksichtigung der dortigen Bestattungszahlen, der demographischen Entwicklung und der freien Grabstätten auf dem Hauptfriedhof,
  - o Bildung von Rückstellungen für Unterhaltungsmaßnahmen an Friedhofsgebäuden zur Vermeidung von Gebührenschwankungen,
  - o Bündelung aller Aufgaben aus dem Bereich Friedhofswesen in einem Fachdienst zur Erreichung von Synergieeffekten wie im BLS Gutachten angesprochen.

Ein Bericht über das Ergebnis der Prüfung ist bis zum 30.04.2008 dem Fachausschuss und dem Rat vorzulegen.

(Mit Stimmenmehrheit zugestimmt bei 9 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen)

10. **Erlass einer Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege in der Stadt Lippstadt  
Vorlage Nr. 302/2007**

Herr Sommer wies auf die Ergänzung der Beschlussvorlage durch die Beschlussfassung im Haupt- und Finanzausschuss hin.

Der Rat beschloss:

1. Die Stadt Lippstadt erhebt nach § 23 des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz) ab dem 01.08.2008 Elternbeiträge für die Inanspruchnahme von Angeboten in **Kindertageseinrichtungen**.

2. Die Stadt Lippstadt erhebt nach § 23 des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz) ab dem 01.08.2008 Elternbeiträge für die Inanspruchnahme von Angeboten in der **Kindertagespflege** (Tagesmütter/Tagesväter).
3. Die der Originalniederschrift beigefügte **Satzung** über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Inanspruchnahme von Angeboten in **Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege** im Stadtgebiet Lippstadt wird hiermit beschlossen.
4. a) Die Verwaltung wird beauftragt, nach Abschluss der landesweiten Auswertung zu den Auswirkungen des Kinderbildungsgesetzes nach § 28 KiBiz im Jahr 2012 die Notwendigkeit einer Anpassung der Elternbeitragsatzung zu überprüfen.  
b) Eine Überprüfung wird auch durchgeführt, falls das derzeitige Elternbeitragsaufkommen von 1,65 Millionen jährlich (rd. ca. 15 % der Jahresbetriebskosten) nicht annähernd erreicht wird. Dem Jugendhilfeausschuss wird hierzu ab 2010 jährlich berichtet.
5. Zugleich ergeht der Prüfauftrag an die Verwaltung, inwieweit den Beispielen anderer Städte gefolgt werden kann, ab dem Haushaltsjahr 2009 grundsätzlich die Eltern von den Beiträgen freizustellen und den Stellenwert von Lippstadt als familienfreundliche Stadt zu stärken.
6. Im Rahmen der Überarbeitung der Beitragsatzung für die offene Ganztagschule in der 1. Jahreshälfte 2008 ist über die Senkung des Beitrages für Geschwisterkinder in der offenen Ganztagschule von 50 % auf 25 % zu beraten. Soweit möglich ist die Beitragsatzung der neuen Satzung für die Kindertageseinrichtungen anzupassen.

(Einstimmig zugestimmt)

#### 11. **Beteiligungsbericht der Stadt Lippstadt 2007** **Vorlage Nr. 314/2007**

Die Ratsmitglieder nahmen den Inhalt der Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

#### 12. **Wirtschaftsplan 2008 der Wirtschaftsförderung Lippstadt GmbH** **Vorlage Nr. 310/2007**

Der Rat beschloss unter Bezugnahme auf die Vorlage:

1. Der Wirtschaftsplan 2008 der Wirtschaftsförderung Lippstadt GmbH wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.
2. Der Vertreter der Stadt wird angewiesen, in der Gesellschafterversammlung die entsprechende Erklärung abzugeben.
3. Die mittelfristige Finanzplanung 2008 – 2012 wird zur Kenntnis genommen.

(Einstimmig zugestimmt)

**13. Wirtschaftsplan 2008 der CarTec Technologie- und Entwicklungszentrum, Lippstadt GmbH  
Vorlage Nr. 315/2007**

Der Rat beschloss unter Bezugnahme auf die Vorlage:

- „I. Der Rat der Stadt Lippstadt stimmt folgendem Beschluss der Gesellschafterversammlung der CarTec GmbH zu:
1. Der Wirtschaftsplan 2008 der CarTec GmbH wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.
  2. Die Gesellschafter Stadt Lippstadt und Kreis Soest verpflichten sich zum Ausgleich des prognostizierten Jahresfehlbetrages von jeweils 85,0 T€ zur Bereitstellung entsprechend dem Liquiditätsbedarf.
- II. Die mittelfristige Finanzplanung 2008 bis 2012 wird zur Kenntnis genommen.“

(Einstimmig zugestimmt)

**14. Bewilligung von überplanmäßigen Ausgaben gem. § 83 GO  
hier: Benutzungsgebühren für die Abfallbeseitigungsanlagen des Kreises Soest  
Produkt: 011 006 001, Abfallbeseitigung und -verwertung  
Produktsachkonten: 5432000/7432000  
Vorlage Nr. 335/2007**

Nach Wortbeiträgen der Herren Marche, Sommer und Laub beschloss der Rat unter Bezugnahme auf die Vorlage:

Beim Produkt 011 006 001 „Abfallbeseitigung und –verwertung“ werden beim Produktsachkonto 5432000 „Benutzungsgebühren für die Abfallbeseitigungsanlagen des Kreises Soest“ überplanmäßig 100.000,00 € gem. § 83 GO bereit gestellt. Die Deckung erfolgt durch Minderaufwand beim Produktsachkonto 5432100 „Grundgebühr für die Abfallbeseitigung“ in Höhe von 35.000,00 € und beim Produktsachkonto 5499000 „Kosten der Abfallverwertung“ in Höhe von 65.000,00 €.

Beim Produkt 011 006 001 „Abfallbeseitigung und –verwertung“ werden beim Produktsachkonto 7432000 „Benutzungsgebühren für die Abfallbeseitigungsanlagen des Kreises Soest“ überplanmäßig 100.000,00 € gem. § 83 GO bereit gestellt. Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben beim Produktsachkonto 7316000 „Zuschuss an die Initec“ in Höhe von 10.000,00 €, beim Produktsachkonto 7432100 „Grundgebühr für die Abfallbeseitigung“ in Höhe von 32.000,00 € und beim Produktsachkonto 7499000 „Kosten der Abfallverwertung“ in Höhe von 58.000,00 €.

(Einstimmig zugestimmt)



**15. Einbau der barocken Holzbohlendecke aus dem früheren Gebäude Helle Halle (sog. Heckmannsche Decke);  
hier: Finanzierung  
Vorlage Nr. 340/2007**

Herr Sommer wies die Ratsmitglieder darauf hin, dass der im Beschlussvorschlag aufgeführte Finanzierungsvorschlag insoweit geändert werden müsse, als die in Aussicht gestellte Zuwendung des Museumsamtes des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe in Höhe von 5.000 Euro nicht ausgezahlt werde, da diese Mittel ausschließlich für Museen vorgesehen seien. Herr Sommer unterbreitete den Vorschlag, die fehlenden Mittel aus der Deckungsreserve 2007 zu zahlen.

Der Rat beschloss unter Bezugnahme auf die Vorlage und die vorgebrachten Änderungen:

Der für den Einbau der Holzbohlendecken in das Foyer der Thomas-Valentin-Stadtbücherei erforderliche Finanzbedarf (Auszahlungen) in Höhe von 20.000,00 € wird außerplanmäßig bereitgestellt.

Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt in Höhe von:

5.000,00 € durch Entnahme aus der Deckungsreserve 2007

10.000,00 € durch Einsparungen im Budget des Fachbereichs Schule, Kultur und Sport  
bei Produktsachkonto 003 004 001 – 7318111  
"Zuschüsse an private Ersatzschulen"

5.000,00 € durch Entnahme aus der Rücklage "Allgemeine Schulverwaltung"  
Produktsachkonto 016 002 001 – 7401111  
"Deckungsreserve"

(Einstimmig zugestimmt)

**16. Fragen der Ratsmitglieder / Berichte der Verwaltung**

**16.a Anfrage der BG-Ratsfraktion zum Thema: "Aufstellung des Haushalts der Stadt Lippstadt als Bürgerhaushalt"**

Herr Strotmeier nahm Bezug auf die Anfrage der BG-Fraktion (s. Anlage) und führte dazu aus, dass die Aufstellung von Bürgerhaushalten in NRW sehr intensiv diskutiert worden, die anfängliche Euphorie aber mittlerweile verflogen sei. Die bisherigen Hinweise seien eher ernüchternd. So müsse festgestellt werden, dass das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an allgemeinen Haushaltsfragen bei weitem nicht so hoch sei wie beispielsweise an einer konkreten Maßnahme. In Anbetracht des geringen Interesses, des hohen Arbeitsaufwandes für die Erstellung eines Bürgerhaushaltes und der vielfältigen im Rahmen von NKF noch zu erledigenden Aufgaben (Controlling mit Berichtswesen, Kosten- und Leistungsrechnung, Konzernabschluss) schlug Herr Strotmeier vor, Informationen bei all den Städten einzuholen, die bereits einen Bürgerhaushalt aufstellen und die daraus gewonnenen Erkenntnisse in einem Bericht vorzustellen.

Auf die Frage von Frau Bartmann-Salmen, wie viele Bürgerinnen und Bürger sich für das Informationsheft zum Haushalt interessiert hätten, konnte Herr Strotmeier keine konkreten Zahlen nennen, aber herausstellen, dass das Interesse denkbar gering gewesen sei. Herr Strotmeier antwortete Herrn Brülle auf seine entsprechende Frage, dass genau 1 Person im Rahmen der öffentlichen Auslegung der Haushaltssatzung die Gelegenheit zur Einsichtnahme genutzt hätten. Frau Jasperneite-Bröckelmann führte aus, dass die Bürger im Rahmen der Aufstellung eines Bürgerhaushaltes ihrer Meinung nach erwarten würden, sich in vielfältiger Form einbringen zu können.

#### **16.b Neuvergabe der Abfuhr der "Gelben Säcke"**

Herr Marche bat die Verwaltung darum, bei der Arbeitsgemeinschaft Wertstoffrecycling (ARGE) eine intensivere Informationspolitik anzumahnen, da trotz Umstellung zum 01.01.2008 bisher noch keine abschließenden Aussagen z. B. zu den Verteilstellen für die Gelben Säcke bekannt seien und die Ausgabe nur nach dem Ausfüllen einer Art Bestellkarte erfolge. Dazu führte Herr Sommer aus, dass die Stadt Lippstadt mit Ablauf des 31.12.2007 nicht mehr für die Abfuhr der Gelben Säcke zuständig sei. Insoweit könne zwar seitens des Baubetriebshofes ein entsprechender Hinweis erfolgen, mit dem gebündelt die Interessen der Bürgerinnen und Bürger deutlich gemacht würden; eine weitergehende Einflussnahme sei aber nicht möglich.

#### **16.c Heimatkalender des Kreises Soest**

Herr Sommer nahm Bezug auf den sehr kontrovers aufgenommenen Artikel über Lippstadt im Heimatkalender des Kreises Soest und machte deutlich, dass dem Redakteur in vielfältiger Form das Missfallen über diesen Artikel zugetragen worden sei. Seitens des Arbeitskreises für den Heimatkalender sei ihm versichert worden, dass dieser die einzelnen Beiträge nicht bewertet, sondern lediglich Themenvorschläge für die jeweils nächste Ausgabe unterbreitet. Herr Dr. Kracht von der zuständigen Redaktion habe nochmals darauf hingewiesen, dass es sich bei dem Beitrag von Frau Heinrichs um eine Satire gehandelt habe. Gleichzeitig habe er sich aber höflich und in aller Form bei den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern sowie dem Bürgermeister persönlich dafür entschuldigt. Weder die Autorin, Frau Heinrichs, noch Herr Dr. Kracht hätten die Absicht gehabt, die Einwohner der Stadt Lippstadt zu verhöhnen oder zu beleidigen.

#### **16.d Besuch des Udener Rates**

Herr Sommer dankte allen, die durch ihre Teilnahme an den einzelnen Programmpunkten des Besuches des Udener Rates mit dafür Sorge trugen, diesen Besuch sehr erfolgreich und harmonisch zu gestalten. Seitens des Udener Rates sei der Besuch als sehr zufrieden stellend und informativ herausgestellt worden. Eine Gegeneinladung nach Uden liege vor und es solle versucht werden, dieser Einladung noch in 2008 Folge zu leisten.

---

gez. Sommer  
Vorsitzender

---

gez. Rubart  
Schriftführerin